Aus dem Ortsgemeinderat

Am 10.03.2008 fand in Gönnersdorf, Im Jugend- und Gemeindehaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Walter Schmidt eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Gönnersdorf statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Landeswettbewerb 2008 "Unser Dorf hat Zukunft"

Sachverhalt:

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Ausschreibungsunterlagen für den bevorstehenden Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2008 zugesandt.

Es wird darauf hingewiesen, dass vor dem Hintergrund globaler und demographischer Entwicklungen sowie allgemeiner struktureller Veränderungen, dieser Wettbewerb für die Zukunft unserer Dörfer einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt am Landeswettbewerb 2008 „Unser Dorf hat Zukunft“ nicht teilzunehmen.

Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Ortsgemeinde Gönnersdorf - Beratung und Beschlussfassung über die im Rahmen der Offenlage vorgetragenen Anregungen, Satzungsbeschluss

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ortsgemeinderates vom 14.11.2007 wurde die Verwaltung beauftragt, die Entscheidung zur Aufhebung von Wirtschaftswegen bekannt zu machen und den Anliegern zu ermöglichen, Anregungen und Bedenken zu den beabsichtigten Aufhebungen geltend zu machen. Über die im Rahmen der Offenlage eingegangene Anregung hat der Ortsgemeinderat zu beraten und abwägend zu entscheiden.

Beschluss:

Über die im Rahmen der Offenlage vorgebrachte Anregung wurde im Ortsgemeinderat beraten und abwägend entschieden. Die Anregung ist gemeinsam mit der Abwägungsentscheidung des Ortsgemeinderates in einer Gegenüberstellung aufgeführt, die Bestandteil des Beschlusses ist.

Da die vorgebrachte Anregung unter der Berücksichtigung der Abwägungsentscheidung keine Änderung der Satzung nach sich zieht, beschließt der Ortsgemeinderat, den vorliegenden Entwurf der Satzung über die Aufhebung der Wirtschaftswege in der Ortsgemeinde Gönnersdorf mit der Änderung, dass der Wirtschaftsweg „Auf dem Pützfeld“ (Flur 5, Flurstück 99, Teilfläche 771 m²) nicht aufgehoben wird, gemäß § 24 GemO als Satzung.

Neufassung der Verträge mit den VG-Werken zur Regelung der Mitbenutzung von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Sachverhalt:

Der Vorsitzende und die Verwaltung unterrichteten den Ortsgemeinderat über die Notwendigkeit, den Vertrag zwischen der Ortsgemeinde und den Verbandsgemeindewerken zur Regelung der Mitbenutzung von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung neu zu fassen.

Die derzeit bestehende Vereinbarung vom Februar 2002 entspricht in verschiedenen Punkten nicht mehr der Mustersatzung des Gemeinde- und Städtebundes, die u. a. auf Grund von Rechtsprechungen geändert worden ist. Die einzelnen Änderungen sind aus der beigefügten Synopse der bestehenden und neuen Vereinbarung sowie den Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen ersichtlich.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, den Vertrag zwischen der Ortsgemeinde und den Verbandsgemeindewerken zur Regelung der Mitbenutzung von Gemeindestraßen, -wegen und -plätzen durch Leitungen und Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gemäß dem Entwurf abzuschließen und beauftragt den Ortsbürgermeister, diesen zu unterzeichnen.

Friedhof - Gebührenregelung bei Bestattung Auswärtiger

Sachverhalt:

Nach der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Gönnersdorf ist die Ortsgemeinde nur verpflichtet, Personen, die bei ihrem Tode Einwohner (= Haupt- und Nebenwohnsitz) der Ortsgemeinde waren, bzw. ein besonderes Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte haben, auf dem Friedhof beizusetzen. Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

Bis dato wird noch kein „Ortsfremdenzuschlag“ erhoben.

Die Verwaltung empfiehlt, die in der Verbandsgemeinde nahezu einheitlichen Regelung zu übernehmen.

Diese besagt, dass das Entgelt für die Grabstätte in Fällen einer „Ortsfremden“-Bestattung das Doppelte der in der Haushaltssatzung für das jeweilige Haushaltsjahr festgesetzten Gebühr beträgt.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt aufgrund der Empfehlung der Verwaltung, dass künftig nur noch dann die Zustimmung zur Beisetzung von „Ortsfremden“ durch den Ortsbürgermeister erteilt wird, wenn vorab eine Sondervereinbarung zwischen der Ortsgemeinde und dem Verantwortlichen nach § 9 BestG über die Höhe des Entgelts für die Grabstätte und die Nutzung der Leichenhalle abgeschlossen wird.

Das Entgelt für die Grabstätte sowie für die Nutzung der Leichenhalle soll grundsätzlich in solchen Fällen das Doppelte der in der Haushaltssatzung für das jeweilige Haushaltsjahr festgesetzten Gebühr betragen.

Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Gönnersdorf

Sachverhalt:

Nach der derzeit gültigen Friedhofssatzung haben sämtliche Grabstellen eine Ruhezeit von 35 Jahren und Wahlgrabstellen sogar eine Nutzungszeit von 40 Jahren. Dies ist aus Gründen der Verwesung der Leichen nicht erforderlich. Weiterhin sind in der heutigen Zeit solch lange Ruhe- und Nutzungszeiten meist nicht mehr von der Bevölkerung gewünscht.

Die bisherige Satzung sieht vor, dass Urnen in ein Reihengrab bestattet werden. Da die Nachfrage nach Urnenbestattungen immer größer wird, sollen neue Urnengrabfelder ausgewiesen werden. Es ist daher erforderlich, die Größe für diese Urnengrabstellen sowie die Größe der Grabmale in dieser Satzung neu festzusetzen.

Für die Anlage dieser Urnenfelder ist es erforderlich den Friedhof umzugestalten.

Zu diesem Zweck wurden von der Verwaltung eine Variante erarbeitet, die diesem Beschlussvorschlag als Anlage beiliegt. Die Variante wurden dem Ortsgemeinderat eingehend dargestellt und erläutert.

Im Rahmen dieser Änderungen bezüglich der Urnengrabstellen bzw. der Ruhe- und Nutzungszeiten bietet es sich an, die Friedhofssatzung zum einen an die Mustersatzung des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz anzupassen und die u. g. Punkte neu zu regeln. Da aus diesem Grunde umfangreiche Anpassungen notwendig wurden, sollte eine Neufassung der Friedhofssatzung erfolgen.

Folgende Punkte wurden in den Entwurf der neuen Friedhofssatzung eingearbeitet:

- Änderung der Ruhezeit von bisher 35 Jahren auf 25 Jahre
- Änderung der Nutzungszeit an Wahlgrabstätten von bisher 40 Jahren auf 30 Jahre
- Gemischte Grabstellen (§14 Abs. 13 u. 14):
Die Mustersatzung des GStB empfiehlt die Aufnahme von gemischten Grabstellen. Gemischte Grabstellen sind Wahlgrabstellen, in denen neben der bereits erfolgten Erdbestattung auch noch Aschen beigesetzt werden können. Durch die getroffenen Regelungen, die auch in verschiedenen Ortsgemeinden in der VG praktiziert werden, entstehen durch die Aufnahme grds. keine Einnahmeausfälle.
- Aufnahme von Urnengrabstellen (§ 15):
In der Friedhofssatzung ist die Möglichkeit eingeräumt worden, Aschen in Urnengräbern beizusetzen. Die Größe der Urnengräber sowie die Größe der Grabmale auf Urnengräber wurde in der Friedhofssatzung festgeschrieben.
Neben den Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstellen wurde auch eine Urnen-Anonymbestattung ermöglicht.
- Allgemeine Anpassung an die Musterfriedhofssatzung des Gemeinde- und Städtebundes sowie redaktionelle Änderungen.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung über die verschiedenen Möglichkeiten der Belegung auf dem Friedhof beschließt der Ortsgemeinderat , dass der Entwurf realisiert werden und als Anlage 1 Bestandteil der Friedhofssatzung sein soll.

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat den Entwurf der Friedhofssatzung jedoch mit der Änderung, dass keine Doppelurnengräber angeboten werden sollen (sondern dann Einzelwahlgrab), gem. § 24 GemO als Satzung.

Jahresrechnung 2006 - Prüfung und Entlastungserteilung

Sachverhalt:

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses trug das Ergebnis der Prüfung gemäß Prüfungsniederschrift vom 03.03.2008 vor.

Danach ergaben sich keine Beanstandungen.

Folglich schlägt der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses dem Rat vor, dem Ortsbürgermeister, den Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2006 zu erteilen.

Beschluss:

Der Rat erteilt dem Ortsbürgermeister, dem 1. Beigeordneten sowie dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Entlastung für das Haushaltsjahr 2006.

Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2008 sowie Investitionsprogramm 2007 bis 2011 - Beratung und Beschlussfassung -

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat nahm Kenntnis vom Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 nebst Plan.

Entsprechend dem vorliegenden Entwurf summieren sich im Verwaltungshaushalt die Einnahmen auf 478.140 € und die Ausgaben auf 563.410 €. Somit muss auch für das Jahr 2008 ein Defizit ausgewiesen werden und zwar in Höhe von 85.270 €. Hierin enthalten ist die Abwicklung des Sollfehlbetrages 2006 in Höhe von 4.500 €, sodass der bereinigte Fehlbetrag, welcher aus dem Jahre 2008 resultiert, sich auf 80.770 € beläuft.

Im Vermögenshaushalt summieren sich Einnahmen und Ausgaben gleichlautend auf je 215.150 €. Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes wird voraussichtlich eine Kreditaufnahme in Höhe von 23.820 € benötigt.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die Haushaltssatzung 2008 nebst Plan in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Des Weiteren beschließt der Ortsgemeinderat das Investitionsprogramm 2007 bis 2011 gemäß dem vorliegenden Entwurf.

Außerdem beauftragt und ermächtigt der Ortsgemeinderat den Ortsbürgermeister, die genehmigten und notwendigen Kredite nach Bedarf zu den günstigsten Kreditangeboten in Abstimmung mit der Verwaltung aufzunehmen.